



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

wenn ein Föderativstaat Österreich wieder in jene Königreiche und Länder zerlegt werden sollte, die seit Maria Theresia einen Staat, seit Franz II. ein Kaisertum gebildet haben und vorläufig eine Monarchie vorzustellen haben.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zur Frage des Vereins- und Versammlungsrechts in Preußen. Wenn wir bei dem gegenwärtigen Stande der Sache auf diese Frage kurz zurückkommen, so geschieht es nicht deshalb, weil wir dem Schicksal des Gesetzesentwurfs an sich eine hohe praktische Bedeutung beilegen. Der ganze Handel interessiert uns nur als Symptom der politischen Lage, und das in wenig erbaulicher Weise. Der Wortlaut des Entwurfs giebt uns selbst bei der gewissenhaftesten Kritik jedes Satzes keinen Grund zur „Entrüstung.“ Er verlangt, abgesehen von der Aufhebung des gewohnheitsmäßig schon außer Dienst gestellten Verbindungsverbots und einer redaktionellen Korrektur der überaus mangelhaft gefaßten Verordnung vom 11. März 1850, fast nichts mehr, als was die preussische Staatsverwaltung von jeher als unerlässliches Recht, als unentbehrliche Vollmacht zur Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben beansprucht hat, und er bleibt vor allen Dingen in den als Verschärfung anzusehenden neuen Bestimmungen hinter den in den meisten übrigen deutschen Staaten geltenden vereins- und versammlungsrechtlichen Vorschriften zurück, und zwar zum Teil weit zurück. Mit Recht hat der Reichskanzler gerade auf den letzten Punkt in seiner Erklärung am ersten Verhandlungstage mit großem Nachdruck hingewiesen, aber das hält natürlich die entrüstungsbedürftige Agitation nicht ab, von einer bisher unerhörten Vergewaltigung der staatsbürgerlichen Freiheit zu lärmern, die Vorlage als eine Vereinigung von Sozialistengesetz und Umsturzgesetz zu bezeichnen, die die schlimmsten Erwartungen übertreffe, obgleich sich die entrüsteten Herren doch aus jedem der zahlreich genug vorhandenen Handbücher des deutschen und preussischen Staats- und Verwaltungsrechts überzeugen müssen, daß es so steht, wie der Reichskanzler gesagt hat. Die Vorlage ist sicher keine gesetzgeberisch gute Leistung, wir halten sie — auch abgesehen davon, daß zur Zeit ein Teil der Verschärfungen entbehrlich ist — in Einzelheiten für herzlich schlecht, für schlechter als manches andre Vereinsgesetz in Deutschland, aber nach dem heutigen Stande des deutschen Vereins- und Versammlungsrechts ihren Inhalt zum Gegenstand einer Entrüstungskampagne zu machen, das ist einfach Schwindel. Eine besonders unschöne Blüte treibt dieser Schwindel in den Angriffen, die die mit allen Mitteln um die Gunst der ungebildeten Massen buhlende Parteipresse — leider nicht nur die sozialdemokratische — gegen die Person des Reichskanzlers unter Ausbeutung seiner bekannten Erklärung vom 27. Juni 1896 richtet. Man muß es tief bedauern, wenn es Männer wie der Pfarrer Naumann über ihr Gewissen bringen, es als Ergebnis der Verhandlungen über die Vorlage in alle Welt hinauszuposaunen, daß das moralische Ansehen des Reichskanzlers so schwer geschädigt sei, daß er sich nicht wieder erholen werde. Die Erklärung des Reichskanzlers vom 27. Juni 1896 enthielt auch

nicht ein Wort davon, daß die preußische Regierung entschlossen sei, noch vor Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs das Verbindungsverbot der Verordnung vom 11. März 1850 aufzuheben, ohne zugleich eine nach ihrer pflichtmäßigen Überzeugung bessere Fassung des mangelhaften sonstigen Inhalts dieser Verordnung zu versuchen. Der für das Klopffechtertum unsers Parlamentarismus bezeichnende Kniff des Abgeordneten Rickert, die Worte des Reichskanzlers ihrem Inhalt entgegen sofort dahin auszulegen, daß, wenn nicht vom Regierungstische aus widerübernehme, vor Ablauf des Jahrhunderts das Verbindungsverbot zu beseitigen, ohne an die Aufhebung dieses Verbots Bedingungen zu knüpfen, die eine Verschärfung des gegenwärtigen Rechtszustands enthielten, hat in die Erklärung des Reichskanzlers niemals einen Sinn hineinbringen können, der nicht darin lag, am allerwenigsten wie Herr Rickert sehr wohl wußte, einen völlig unmöglichen, unvernünftigen Sinn, schon weil ein Entschluß der preußischen Regierung damals gar nicht vorlag. Und nun wagt man auf diesen Fächercoup Rickerts hin den Reichskanzler vor dem Volke des Wortbruchs zu zeihen, nur um den Entrüstungsschwindel noch wirksamer, noch pikanter zu machen durch persönliches Gift!

Doch der Entrüstungsschwindel hat uns die Parteien, die ihn für angebracht halten, nicht von einer neuen Seite gezeigt, sie haben sich eine Gelegenheit dazu nie entgehen lassen. Auch die Stellung der Ultramontanen zur Vorlage — an dem Entrüstungsschwindel sind diese klugen Herren kaum beteiligt — kann uns nicht verwundern. Sie bekämpfen immer und überall den starken Staat; das weltliche Schwert muß stumpf sein auch gegen Vereins- und Versammlungsmißbrauch, solange es nicht ganz dem Dienste Roms geweiht ist. Ist das erreicht, dann freilich werden die ultramontanen Grundsätze über Vereins- und Versammlungsfreiheit eine andre Gestalt gewinnen. Eine neue Erscheinung dagegen von besonders lehrreicher Bedeutung, der sich im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung der politischen und sozialen Zustände nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland die preußische Regierung nicht verschließen sollte, ist die Haltung der nationalliberalen Partei gegenüber der Vorlage. Bei ihr kann weder ein agitatorisches Entrüstungsbedürfnis, noch irgend welche andre parteitaktische Rücksicht die so scharfe Ablehnung jeder Stärkung der staatlichen Vollmachten erklären, auch ist an ein ernsthaftes grundsätzliches Bedenken nicht zu glauben. Gewiß bot die Dehnbarkeit, die Kautschuknatur der vorgeschlagenen neuen Bestimmungen dem Juristen vortreffliche Angriffspunkte, aber die Nationalliberalen waren darüber sicher nicht im Zweifel, daß diese Dehnbarkeit in den Paragraphen eines Vereins- und Versammlungsgesetzes schwer zu vermeiden ist; jedenfalls hat sie in keinem der auch außerhalb Preußens geltenden derartigen Gesetze vermieden werden können. Die Nationalliberalen mußten sich darüber klar sein, daß es, wenn auf irgend einem Gebiete der politischen Verwaltung, dann gerade bei der staatlichen Überwachung des Vereins- und Versammlungswesens nicht auf einen der richterlichen Entscheidung zu Grunde zu legenden scharf formulirten Gesetzesparagraphen ankommt, sondern auf Verwaltungsgrundsätze, die der Gerechtigkeit und dem Gemeinwohl entsprechen und auf ihre gewissenhafte Beobachtung durch die Verwaltungsbehörden. Wir meinen, die Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhaus hätten richtiger und offener gehandelt, wenn sie, wie das der konservative Herr von Heydebrand und der Lasa schon am ersten Verhandlungstage höhrend ihrem Redner, dem Abgeordneten Krause, als seine eigentliche Meinung unterstellte, rundweg erklärt hätten: wir stimmen gegen das Gesetz nicht wegen

seines Inhalts, sondern weil wir zu den in der preussischen Verwaltung herrschenden Grundsätzen und ihrer Ausführung nicht das nötige Vertrauen haben.

Die Thatsache, daß ein tiefes Mißtrauen gegen die preussische Verwaltung die gebildeten Kreise in Preußen selbst und in ganz Deutschland beherrscht, muß sich heute auch blöden Augen aufdrängen. Das Mißtrauen schießt häufig über das Ziel hinaus, und die Kritik noch häufiger am Ziel vorbei. Aber darin hat Mißtrauen und Kritik Recht, und darüber darf uns das Pochen auf die Vorzüge des politischen Beamtentums früherer Geschlechter nicht hinwegtäuschen, daß in der politischen Verwaltung von heute der streng gewissenhafte Gerechtigkeitsinn, die das Fundament jeder staatlichen Gesellschaft bildende Justitia, die unerläßliche Unabhängigkeit von den Vertretern materieller Sonderinteressen gegen früher stark abgenommen hat. Es fehlt der Verwaltung an eignen Grundsätzen, und den Beamten, oben und unten, an eigner Überzeugung. Die Interessenten zu fragen und mit ihnen zu paktieren, das ist von den Ministerien bis in die Landratsämter und Bürgermeistereien die höchste und alleinige Staatsweisheit geworden, und die Unabhängigkeit von den Interessen, von den wirtschaftlichen, sozialen, politischen Grundsätzen und Parteien ist damit natürlich mehr und mehr in die Brüche gegangen. Die vielgerühmte Selbstverwaltung hat nichts geholfen, sogar vielfach geschadet. Wir haben die Notwendigkeit einer gründlichen Reform auf diesem Gebiete, die Dringlichkeit vor allem der bessern Erziehung nicht nur der höhern, sondern auch der untern Verwaltungsbeamten in den Grenzboten wiederholt nachdrücklich vertreten. Wenn irgend etwas dem preussischen Minister des Innern den Ernst dieser Reform vor Augen führen kann, so ist es die Erfahrung, die er mit seiner neuesten Vorlage, bei seiner neuesten Niederlage gemacht hat. Der Beifall einzelner Parteien und Interessentenkreise, den er ja reichlich geerntet hat, sollte ihn nicht darüber trösten, ihn nicht abhalten, in seinem Ressort mit rücksichtsloser Strenge auf den Grundsatz zu halten, daß vertrauenswürdig nur der Beamte ist, dem die Gerechtigkeit und das Gemeinwohl über alles geht, die Gunst der Klassen, Interessengruppen und Parteien aber nichts gilt.

Zum Prozeß Tausch. Herr von Tausch ist vom Schwurgericht von der Anklage des Meineids freigesprochen worden, und nach den Ergebnissen der Verhandlung konnte der Wahrspruch der Geschwornen auch nicht anders lauten. Es ist zu bedauern, daß die Anklage erhoben worden ist, man hätte besser gethan, schon nach der Voruntersuchung die Vergehungen des Angeeschuldigten der disziplinarren Ahndung zu überlassen, die sie verdienten. Doch darin liegt nicht das Interesse des Prozesses. Seine Bedeutung besteht wesentlich in den überraschenden Einblicken, die durch ihn in zwei wichtige Institutionen eröffnet worden sind, in das Treiben der berufenen Vertreterin der Öffentlichkeit, der Presse, und in das der Geheimpolizei. Wir wollen nicht darüber urteilen, ob die anständige Presse nicht die Benutzung so unlauterer und unzuverlässiger Quellen, wie wir sie hier kennen gelernt haben, entbehren kann; daß die Geheimpolizei sie braucht und immer brauchen wird, gilt uns als erwiesen. Gesetzlich ist dagegen gar nichts zu machen, aber auch der rechtlichste, skrupulöseste Chef der politischen wie der Kriminalpolizei kann, soweit er überhaupt eine Geheimpolizei nötig hat, ohne die gelegentliche Benutzung von mehrlichen Leuten nicht auskommen. Das weiß Freiherr von Marschall jedenfalls selbst sehr gut, und es ist ihm auch nicht eingefallen, aus der Benutzung solcher Leute, selbst auf einem so überaus wichtigen Aufsichtsgebiete, wie die Aufsicht über die Presse ist, der preussischen politischen Polizei einen Vorwurf

zu machen. Was er ihr vorgeworfen hat, ist, daß sie nicht imstande war, eine Reihe der unerhörtesten, skandalösesten Prestreibereien aufzudecken und zu verhindern, daß sie sich in ganz unerklärlicher Weise impotent erwies, bis endlich der Prozeß Klarheit darüber brachte, daß fast in allen diesen Fällen die bezahlten Agenten der Geheimpolizei selbst die Urheber der Skandalartikel waren. Das ist durch den Prozeß im grellsten Lichte gezeigt worden; ist doch der ganze Entlastungsbeweis für Tausch nichts als der Nachweis der Schufereien seiner Organe, Lützow, Normann-Schumann usw. Und wohlgemerkt, in der ganzen Verhandlung lernen wir auch nicht eine selbständige, gelungne, gute Leistung des Herrn von Tausch und der politischen Polizei gegenüber der Presse kennen, er handelt, unterrichtet sich, urteilt nur durch seine bezahlten Schufte, auf ihre Arbeit fußen ausschließlich seine an die höchsten Behörden und über die allerwichtigsten Gegenstände abgegebenen Berichte und Auskünfte, sie erhalten Einblicke in die diskretesten Dinge, die kaum der Minister ohne Not offenbart. Konnte man das, konnte vor allem Herr von Marschall das für möglich halten? Nichts mußte ihm ferner liegen, als anzunehmen, daß die preussische politische Polizei jahraus jahrein in diesen schwerwiegenden Fragen von solchen Subjekten, deren moralischen Wert sie doch kannte, an der Nase herumgeführt werde. Gestehen wir es ein: obwohl der Prozeß die Thatsache klar erwiesen hat, wir stehen noch heute vor ihr als vor etwas völlig Unfaßbarem, Unbegreiflichem, vor einem tieftraurigem Rätsel in der preussischen Verwaltungsgeschichte, dessen Lösung zu finden unsre Generation wohl kaum hoffen darf. Und weil man das Unfaßbare, Unbegreifliche nicht glauben, gar nicht ahnen konnte, bevor der Prozeß Licht schuf, mußte jedermann mit gesunden Sinnen an gewichtige Hintermänner, an Intriguen, an Einflüsse auf die politische Polizei selbst glauben, die ihre Fähigkeit lähmte, umso mehr, als die skandalösen Angriffe in der Presse immer ihr Gift in der gleichen Richtung ausspritzten. Auch dafür hat der Prozeß hinreichende Beweise gebracht, daß Herr von Tausch weder der Hintermann noch der Mittelsmann für solche Angriffe gewesen ist. Aber auch hier stehen wir vor einem ungelösten Rätsel, vor etwas Unbegreiflichem, Unfaßbarem. Wie konnten die bezahlten Agenten der Polizei die unglaubliche Frechheit haben, ihr Gift gerade in dieser Richtung auszuspritzen, d. h. gegen den Kaiser selbst und die hohen Würdenträger, denen er nach dem Weggang des Fürsten Bismarck dessen Ressort anvertraut hatte? Es ist lächerlich, zu glauben, daß bedeutende Persönlichkeiten im Lande, verbissene Parteihäupter, vor den Kopf gestoßene Größen so dumm sein könnten, Leute wie Lützow und Normann-Schumann, oder auch Beamte wie Herr von Tausch, zu solchen Skandalartikeln zu „inspiriren.“ Auch bei Quidde und Gardon wird man immer vergebens nach Inspiratoren und Hintermännern suchen. Selbst Oskar Becker, Hödel und Nobiling konnte niemand, der bei Verstande war, als Beauftragte und Inspirirte der klerikalen oder der sozialistischen Führer und Agitatoren bezeichnen, und doch hat Fürst Bismarck Recht gehabt, sie den Parteien an die Rockschöße zu hängen. Inwieweit der Kaiser und seine Minister geneigt sind, die seit Jahren gegen sie geschleuderten Giftspfeile jemanden an den Rockschöß zu hängen, wissen wir nicht; der ehrliche Geschichtsschreiber unsrer Tage wird es sicherlich nicht unterlassen.

Österreichisches. Seit 1789 hat sich das Glückseligkeitsstreben der europäischen Menschheit in die Form politischer Massenbewegungen gekleidet. Alle diese Bewegungen haben im großen und ganzen mehr Enttäuschungen als Befriedigung gebracht, und die Unzufriedenheit ist noch dadurch gesteigert worden, daß eine andre

gleichzeitige Bewegung, die des technischen Fortschritts, zwar alle sonstigen Erwartungen übertroffen hat, aber nur nicht die, die sich einem jeden aus der Tiefe seines Herzens täglich erneuert, denn der technische Fortschritt hat uns weit mehr Unbehagen als Glück gebracht. Heute kann man sagen, daß die Reaktion gegen 1789 auf der ganzen Linie gesiegt habe: Europa ist kirchlich und monarchisch, dabei streng militärisch und polizeilich geordnet, regiert und verwaltet, außerdem auch noch schutzzöllnerisch, monopolistisch und der Gewerbefreiheit feind. Dabei aber sind nicht einmal die herrschenden Parteien zufrieden. Sie fürchten sich vor der Revolution und streben nach weiterer Vermehrung ihrer Machtmittel, und sie klagen über drohenden wirtschaftlichen Ruin; die „geborenen Stützen von Thron und Altar“ schreien beständig, sie seien im Zusammenbrechen begriffen, und fordern, daß man sie stütze und zu diesem Zweck zunächst noch ein Stück weiter zurücksteuere, was aber den Steuermännern nicht möglich erscheint. So stehen denn die Staatsschifflein, da sie weder weiter rückwärts noch vorwärts können, einseitig still, die Steuermänner sind von dem sie umtobenden Geschrei der Leute, die entgegengesetztes von ihnen fordern, schon beinahe taub geworden und wissen schlechterdings nicht mehr, was sie thun sollen, und es scheint nichts übrig zu bleiben, als daß man auf einen Wind wartet, der die Schiffe wieder flott macht und Gott weiß wohin weiter treibt.

Unter diesen Umständen wirken die Wortkämpfe der österreichischen Parteien, so widerwärtig sie an sich sein mögen, durch ihre Lebhaftigkeit erfrischend; die oppositionellen Parteien entwickeln einen Grad von Lungenkraft und Rhetorik, der den Schein erweckt, als müsse dabei wirklich etwas herauskommen, und das Kampfgewühl wird dadurch noch interessanter, daß einerseits ein reichliches halbes Duzend Nationalitäten, andererseits allerältestes und allerjüngstes aufeinanderplagen, denn während auf der Rechten vorjintzultliche römisch-katholische Gläubigkeit und ein ganz ungebrochener Feudaladel zusammenstehen, sieht man auf der Linken die sozialdemokratischen Arbeiter von einem naiven Glauben an ihre Sache erfüllt, wie er vielleicht seit den Tagen Lassalles nirgends mehr dagewesen ist. Wir wollen daher einige charakteristische Äußerungen zusammenstellen, die auf dem Wiener Parteitage gefallen sind; unsre reichsdeutschen Blätter haben, den Vorwärts eingeschlossen, nur sehr kurz und unvollständig darüber berichtet.

Erster Gegenstand der Beratung war am 6. Juni die Unterstützung der ausständigen Straßenbahnleute. Mehrere Genossen sprachen dagegen, weil sich diese Leute der Führung der Christlich-Sozialen anvertraut hätten. Da sprach Pernertstorffer: „Ich muß mit Bedauern konstatieren, daß die Anschauungen, die ich heute hier gehört habe, durchaus unproletarisch sind. Nicht aus taktischen Gründen, nicht deswegen, weil wir vielleicht durch die Unterstützung die Streikenden für uns gewinnen können, müssen wir den Antrag annehmen, sondern deshalb, weil der Antrag aus proletarischem Geiste hervorgegangen ist, und weil es uns gleichgiltig sein muß, was für eine Gefinnung leidende Arbeiter haben. Wir haben immer unsern Stolz darein gesetzt, daß wir niemals leidende Menschen um ihre Gefinnung gefragt haben.“ Als in der Montag Sitzung der galizische Genosse Brod über antisemitische Strömungen in der Sozialdemokratie klagte, erwiderte ihm Pernertstorffer: „Es wird immer ein Verdienst der Antisemiten bleiben, daß sie die Liberalen beseitigt haben. Heute, wo diese beseitigt sind, muß sich unsre Taktik natürlich ändern. Es ist aber nicht wahr, daß wir den Antisemiten Zugeständnisse gemacht hätten. Noch nie wurde bei uns ein Jude zurückgesetzt, weil er ein Jude ist, wir können aber auch nicht jemandem bloß deswegen, weil er ein Jude ist, eine führende Rolle

zuweisen. Heute ist die christlich-soziale Partei durchaus klerikal, und darum müssen wir sie energisch bekämpfen. Daß wir in Österreich in allem so zurückgeblieben sind, daran ist die Gegenwart unschuldig, die Ursachen liegen zweihundert Jahre hinter uns. Die Gegenreformation, dieser Mord an Völkern und Gesinnungen, hat uns so weit zurückgebracht. Seit damals, wo die Völker mit Gewalt katholisch gemacht wurden, ist alles Kulturleben bei uns erstarben. Diese Art des Katholizismus, die wieder so mächtig geworden ist, müssen wir energisch bekämpfen. In diesem Kampfe wird uns keine Partei unterstützen, wohl aber ist es möglich, daß infolge dieses Kampfes unsre Reihen stärker werden, weil aufrichtige Freunde der Freiheit und der Volksbildung nur in unsern Reihen ihre Vertretung finden werden. Vor zwölf Jahren wurde ich als Deutschnationaler ins Abgeordnetenhaus gewählt, und bald nach meiner Wahl wendeten sich die Arbeiter von ganz Österreich an mich um Hilfe. Damals stand die Sozialdemokratie Österreichs auf dem Standpunkte eines fleisch- und blutlosen Internationalismus, heute steht sie auf dem realistischen Standpunkt, auf dem ich immer gestanden bin, und ich habe immer mit Freuden dem Zeitpunkte entgegengesehen, wo es mir möglich sein würde, ganz dieser Partei anzugehören. Ich habe als Deutschnationaler niemals ein Wort des Hasses gegen die andern Nationen gefunden. Wie ich für mein Volk alles Gute wünsche, so auch für jedes andre Volk. Nicht von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität, wie Grillparzer sagte, soll unser Weg gehen, sondern umgekehrt von der Bestialität durch diese Form der Nationalität zur Humanität. In diesem Sinne eines realistischen Internationalismus wird auch endlich die Anschauung zur Geltung kommen, daß man ein guter Deutscher, ein ausgezeichnete Slawe, ein begeisterter Italiener und dabei doch ein leidenschaftlicher internationaler Sozialdemokrat sein kann."

Über beide von Bernerstorffer erörterte Fragen ließ sich auch Viktor Adler aus. Die Wahlniederlage in Wien erklärte er daraus, daß die Christlich-Sozialen die Pfarrer mobil gemacht hätten: „es ist der einzige wirklich vollstümliche Instinkt der Bevölkerung, der neben dem sozialdemokratischen vorhanden ist, nämlich der Klerikale [soll heißen religiöse] gegen uns wachgerufen worden, und dem sind wir unterlegen.“ In einer spätern Rede äußerte er: „Wir sind keine Kulturkämpfer, keine Leute, die Pfaffenfurcht und Pfaffenhaß bewegt, wir haben vielmehr eine gewisse Scheu vor dem Kampfe gegen die Kirche; denn die Gesellschaft der liberalen Pfaffen, die früher den Krieg gegen das schwarze Pfaffentum geführt hat, war womöglich noch schlechter als dieses. Daß wir diesen Kampf aufnehmen mußten, daran ist die Entwicklung schuld, die das Bürgertum den Pfaffen in die Arme getrieben hat. Es ist leider wahr, daß wir heute, größtenteils durch die Schuld der Liberalen, vor einer klerikalen Gefahr stehen, gegen die sich keine Abwehr im Bürgertum findet.“ Über die nationalen Schwierigkeiten äußert er: „Der Begriff des Internationalismus hat in den letzten Jahren in der Arbeitererschaft eine gewisse Wandlung durchgemacht. Noch in den siebziger Jahren galt international als gleichbedeutend mit nationslos; als ob sich ein Mensch seiner Geschichte, seiner Individualität entkleiden könnte, ein Aufgehen der Völker in den abstrakten Begriff allgemeiner Menschlichkeit möglich wäre!“ Er empfiehlt also, wie vor ihm der Genosse Daszynski, die Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Nationalitäten und den Föderalismus, wobei sich allerdings beide Redner gegen die Auffassung des Föderalismus verwahren, die von den Klerikalen, den Feudalen und den böhmischen Staatsrechtlern geltend gemacht wird. Die Sprachenverordnung findet Adler im einzelnen zwar verbesserungsbedürftig, grundsätzlich aber richtig,

und nur darum verwerflich, weil sie, anstatt aus einem freiwilligen Übereinkommen zwischen Deutschen und Tschechen hervorzugehen, von der Regierung aufgezwungen worden sei und dadurch die Erbitterung nur steigere. Die tschechischen, polnischen, slowenischen, ruthenischen Genossen zeigten sich mit dieser Auffassung durchaus einverstanden, und die Ruthenen erklärten bei dieser Gelegenheit, daß sie zwar auf dem sozialistischen Standpunkte stünden und mit den Sozialdemokraten zusammengehen wollten, daß sie aber dabei blieben, im Reichstag eine eigne Fraktion zu bilden. Nationalität ist eben etwas natürliches, und die Natur läßt sich weder von den Regierungen noch von sozialistischen Theoretikern vergewaltigen, und indem die österreichischen Sozialisten der stärkern Gewalt nachgeben, beweisen sie, daß sie nicht ganz dumm sind. Das Bekenntnis der österreichischen Sozialdemokraten zum Föderalismus ist deswegen von politischer Bedeutung, weil es der allgemein herrschenden Strömung entspricht. Heute sind nicht einmal die Deutschen mehr zentralistisch gesinnt, weil sie nicht die mindeste Aussicht mehr haben, im ganzen Reiche oder auch nur in Bisleithanien die Mehrheit zu erringen. Die Deutschnationalen erstreben vor allem die Abtrennung Galiziens von der diesseitigen Reichshälfte, es giebt aber auch welche unter ihnen, die den Rest in ein Königreich Böhmen und ein Königreich Innerösterreich zerlegen möchten, um wenigstens ein beinahe rein deutsches Gebiet, die Alpenprovinzen, mit gesonderter Regierung, Verwaltung und Volksvertretung zu haben. Den Schluß dieser kleinen Auslese mag ein Wort des Dr. Adler bilden, worin die großartige Bescheidenheit dieses Herrn zum Vorschein kommt: „Wir sind auf einem Schiffe, wo sich lauter Tobjüchtige befinden, und wir, die wir die einzigen Vernünftigen sind, sind darum verpflichtet, mit starker, fester Hand die Richtung anzugeben, in der das Schiff gesteuert werden soll.“

W. Bode und A. v. Werner. Von dem Verfasser des Artikels „Alte und neue Kunst in Berliner Museen“ in Nr. 21 der Grenzboten werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Durch einen Artikel A. v. Werners in dem in den ersten Tagen des Monats ausgegebenen Junihefte der Deutschen Revue erfuhr ich, daß meine Bemerkungen auf S. 380 meines Grenzbotenaufsatzes über den Streit W. Bodes und A. v. Werners um die Bedeutung und die Aufgabe der Kunstakademie in einem Punkte irrtümlich waren. W. Bode hat inzwischen auf die Angriffe A. v. Werners geantwortet, und zwar im 4. Hefte des Jahrgangs 1896 des Pan, das aber mit der bei dieser Zeitschrift nicht seltenen Unregelmäßigkeit erst im April 1897 erschienen ist. Nun wird mir jeder Kenner des Pan, der die moderne Kunstbewegung noch mit offenen, gesunden Augen und nicht mit dem hochmütigen Blinzeln der Impressionisten betrachtet, zugeben, daß ein optimistischer Kunstfreund nur in Augenblicken bittersten Menschenhasses oder tiefsten Lebensüberdrußes zu einem Hefte des Pan greift, um sich durch das homöopathische Gegenmittel des Argers die schwarzgallige Laune zu verschicken. Es kommt so selten vor, daß sich in den Gallimathias, der den Hauptinhalt des Pan bildet, ein ernsthaft zu nehmender Artikel verirrt, daß es sich nicht der Mühe lohnt, die sporadisch auftauchenden Hefte des Pan systematisch zu verfolgen. Indem ich also diese Unterlassungssünde reumütig bekenne, erfülle ich zugleich eine Pflicht, wenn ich nachträglich von der Entgegnung W. Bodes Notiz nehme. Bode giebt darin unumwunden zu, daß er eine in ihrem Inhalt geringfügige Kabinettsordre Friedrichs des Großen vom 21. Januar 1786 mit einer solchen vom 25. Januar 1786 verwechselt oder, wie er sich vorsichtig ausdrückt, beide Ordres „in eine zusammengezogen“ habe. Durch die Feststellung dieser

Thatsache ist für uns die Sache erledigt. Eine Kabinettsordre Friedrichs des Großen, in der sich der König, wie Bode in seinem ersten Panartikel behauptet hat, „zu einer Reorganisation der Akademie in großem Stile entschloß,“ giebt es wirklich nicht, weder unter dem Datum des 21. Januar 1786, noch unter einem andern. Erst durch die Verbindung einer Reihe von Aktenstücken, die bis zum Jahre 1797 reichen, hat Bode eine Absicht einer Reorganisation in großem Stile nachzuweisen gesucht, die seiner Meinung nach auf Friedrich den Großen zurückzuführen sei. Wer aber die Aktenstücke unbefangen prüft, der wird zu der Überzeugung kommen, daß nicht Friedrich der Große in seinem letzten Lebensjahre, sondern der mit der Oberaufsicht über die Akademie betraute Staatsminister von Heimtz die eigentliche Seele jenes Reorganisationsplans war, dem wir übrigens gegenwärtig nur noch ein mäßiges historisches Interesse abgewinnen können. Wer sich näher über den Streit der beiden Gegner, die nicht zum erstenmale aneinander geraten sind, unterrichten will, den verweisen wir — zur Vermeidung lästiger Weisgaben — nicht auf den Pan, sondern auf eine kürzlich unter dem Titel „Die Berliner Akademie“ im Verlage von F. Fontane u. Co. erschienenen Broschüre W. Bodes und auf die beiden Artikel A. v. Werners im Januar- und im Juniheft der Deutschen Revue. In letzterm hat A. v. Werner mit bekanntem Scharfsinn die Schwächen der Beweisführung seines Gegners aufgespürt und sich daneben noch das hohle Vergnügen gemacht, einige andre Ungenauigkeiten Bodes in der Behandlung von Angelegenheiten der modernen Kunst aufzudecken. Eine Parteinahme für den einen oder den andern liegt mir fern. Aber aus der gerade nicht erquicklichen Polemik habe ich doch die Überzeugung gewonnen, daß Museumsdirektoren nicht die geeigneten Persönlichkeiten sind, als Reformatoren von Kunstakademien aufzutreten.

Herr Tanqueray. Vielleicht entfinnen sich unsre Leser noch eines Aufsatzes (1895, Heft 46), worin auf das Verfahren der Pariser Porträtkünstlergenossenschaft (Direktor A. Tanqueray) aufmerksam gemacht und ein lehrreiches Beispiel angeführt wurde. Diese Gesellschaft hat nun, wie sich bei der deutschen Vertrauensseligkeit und Neigung zum Fremden leicht begreifen läßt, so gute Geschäfte gemacht, daß sie „ein ganzes Hôtel particulier, No. 9, rue St. Petersbourg zu übernehmen gezwungen war.“ Dies wird den alten Kunden in einem ausführlichen Schreiben höflichst mitgeteilt und gleichzeitig zu einem neuen Geniestreich benutzt. Um nämlich den braven Deutschen „seine Erkenntlichkeit zu beweisen und zugleich die Eröffnung seines neuen Etablissements zu feiern,“ er bietet sich Herr Direktor Tanqueray, uns weitere Porträts zu machen, und zwar zu denselben Bedingungen wie früher, d. h. das Bild umsonst, wenn wir die Genossenschaft „vorzugsweise mit der Einrahmung des Porträts beauftragen.“ Da dieser Köder aber schon stark verbraucht ist, wird die Angel flugs mit einem neuen versehen. Wir sollen diesmal nämlich ein Bild in Lebensgröße im Werte von 50 Franks, samt Rahmen im Werte von 30 bis 40 (?) Franks vollständig umsonst erhalten, wenn es uns im Laufe des Jahres 1897 gelingt, zwei beigefügte Spezialkoupons mit den bekannten Bedingungen in unsrer Familie oder bei unsern Freunden unterzubringen. Daß auf den Spezialkoupons selber die Frist nur auf neunzig Tage (vom 10. März ab) bemessen ist, wollen wir als einen unwesentlichen Widerspruch betrachten, obgleich er juristisch „erheblich“ werden könnte. Aber welcher anständige Mensch wird sich überhaupt zum Schaden seiner Freunde bereichern wollen? Oder wer wird so thöricht sein, sich gleich zwei Bilder auf einmal machen zu lassen, nur um das

dritte umsonst zu haben? Zumal die ehrenwerte Künstlerschaft, wie ein Vergleich ergibt, die Preise für ihre kostbaren Rahmen neuerdings erhöht hat (von 10 Franks auf 10 Mark usw. bis auf 40 Mark, früher 45 Franks — auch das ist ein hübsches Täuschungsmittelchen, da die meisten Kunden wohl nicht viel nachrechnen werden!). Jedenfalls ist es für die Pariser und leider wohl auch für uns Deutsche bezeichnend, daß hier in einer einfach unverschämt zu nennenden Weise entweder auf grobe Dummheit oder — was noch viel schlimmer, aber einleuchtender ist — auf treulosen Eigennutz spekulirt wird. Daß so etwas überhaupt möglich ist, ist schon empörend — aber mundus vult decipi, und außerdem hat ja Herr Tanqueray den Reklamegrundsatz, nur den „hervorragendsten und einflußreichsten Bewohnern jeder Stadt Gratisporträts zu machen.“ Welcher bescheidne Sterbliche läßt sich nicht gern zu diesen rechnen, wenn er auch weiß oder bei einiger Umfrage mühe- los erfahren kann, daß Herr Tanqueray seine Grenzen recht weit zieht!



Litteratur

Karl August Credner, sein Leben und seine Theologie, von Prof. Dr. W. Baldensperger.
Leipzig, Zeit und Comp., 1897

Credner war ein ausgezeichnete, freisinnig gerichtete Theologe in Gießen, der sich um die Geschichte der neutestamentlichen Schriften und des Kanons die größten Verdienste erworben hat. In seinem Leben hat er viele Anfeindungen erfahren und wenig Sonnenschein gehabt. Weil er aber auch nach seinem Tode nicht die Anerkennung gefunden hat, die ihm zukommt, so hat die Gießener Fakultät an seinem hundertjährigen Geburtstage eine Gedächtnisfeier gehalten. Die Hauptrede dabei, eine gewinnende Schilderung des Geseierten, mit sorgfältigen Anmerkungen über seine wissenschaftlichen Leistungen und einem Bildnis versehen, erscheint nun in einem fein ausgestatteten Hefte, vierzig Jahre nach seinem Tode. Niemand wird diesen Lebenslauf ohne Bewegung lesen, und um so mehr Eindruck wird es auf ihn machen, daß der Redner am Schluß die Kundgebung als einen Akt der Sühne bezeichnet, durch die „wir die schwere an ihm begangne Schuld, so viel in unsern Kräften steht, vor der Öffentlichkeit wieder gut zu machen wünschen.“ Denn es ist noch hervorzuheben, daß gerade die Geschichtschreiber seiner eignen Richtung, anhebend mit Hase, durch eine gewisse *conspiration du silence* sein Andenken vernichtet haben! Das ist gewiß böß von den Leuten. Negative Richtungen verfallen freilich leicht dem Schicksal, daß, wenn sie sich weiter spalten, die einzelnen sich nicht mehr stützen, sondern sogar unter einander bekämpfen; und so die Bewegung allmählich an Kraft verliert, während, wenn Menschen einem positiven Ziel zustreben, sie zwar auch vieles von einander trennen kann, aber doch das Gemeinsame, das, was sie zusammenhält, stärker zu sein pflegt als das Trennende. Weshalb auch jemand, der es besser verstand als wir alle, von dem Reiche gesprochen hat, das nicht bestehen kann, wenn es mit sich selbst uneins wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig